

Der Stockholmer Bürgermeister in Wien.

Der Bürgermeister von Stockholm, Karl Lindhagen, der in Wien eingetroffen ist, um heute abends im kleinen Musikvereinsaal einen Vortrag „Die Frau in der Politik“ zu halten, empfing heute vormittags einen Berichterstatter, mit dem er verschiedene aktuelle Fragen besprach. „Mein gegenwärtiger Besuch in Oesterreich-Ungarn“, sagte er, „ist der erste, den ich Ihrem Lande abstatte. Ueber Aufforderung der Frauenstimmrechtsvereine von Budapest und Wien entschloß ich mich, in den beiden Reichshauptstädten einen Vortrag zu halten, der zur Hälfte als Friedensvortrag bezeichnet werden muß. Die Ausnahme, die mir in Budapest bereitet wurde, war eine überaus herzliche und hat mir große Freude bereitet. Die Lebenswürdigkeit der Ungarn ist wirklich kaum zu überbieten. Bürgermeister Dr. Barczh stellte mir einen Saal zur Verfügung und fand sich zu meinem Vortrage ein.“

„Hat Schweden unter dem gegenwärtigen Kriege in wirtschaftlicher Beziehung sehr zu leiden?“

O, ungeheuer — entgegnete Bürgermeister Lindhagen überaus lebhaft. Namentlich die Bauern und die Arbeiterschaft sind in wirtschaftlicher Beziehung schwer betroffen. Sie haben außerordentlich durch die Preiserhöhungen auf allen Gebieten, namentlich in Lebensmitteln, zu leiden. Der Grund der enormen Teuerung aller Lebensmittel ist erstens in der Spekulation gelegen, in zweiter Linie tragen zu diesem Umstand die riesigen Exporte bei. In nächster Zeit stehen seitens der Regierung einige Ausfuhrverbote bevor, der Export wird nur mehr durch besondere Lizenzen gestattet sein. Auch unsere Schifffahrt ist durch den Krieg schwer betroffen; sie ist abgesperrt und durch die Minengefahr sehr gefährlich geworden. Unter anderem leiden wir beispielsweise auch sehr darunter, daß wir nicht mehr so viel Kohle bekommen können, als wir benötigen. Auch die Frachtkosten sind überaus hohe geworden. Der Personenverkehr nach England wird hauptsächlich über Norwegen aufrecht erhalten. Selbstverständlich — fuhr Bürgermeister Lindhagen fort — würden wir nicht nur im Interesse der Kriegführenden, sondern auch in unserem eigenen Interesse einen baldigen Frieden wünschen, und von der Bevölkerung wurde auch der Versuch unternommen, auf die Regierung einzuwirken, damit sich diese, ebenso wie alle anderen neutralen Staaten, für das Zustandekommen eines Friedens einsetze. In Warberg wurden von verschiedenen Organisationen zu diesem Zweck 236 Delegierte gewählt, und aus diesen wurde eine Deputation von drei Mitgliedern, der auch ich angehörte, zur Regierung entsendet. Der Staatsminister antwortete uns damals, da wir ihm die Wünsche der Bevölkerung zugunsten einer Friedensvermittlung zum Ausdruck brachten: „Wenn man nicht gebeten ist, so geht man unbedankt davon.“

Das Gespräch kam dann auf die außerordentliche Gastfreundschaft, die einer großen Anzahl unserer Kriegsinvaliden auf ihrer Heimreise durch Schweden dort entgegengebracht wurde, und Lindhagen sagte: „Auch in Budapest hat man mir diesbezüglich viel Schmeichelhaftes über unsere Bevölkerung gesagt. In der Tat wurde bereits zu Beginn des Krieges den deutschen und österreichisch-ungarischen Flüchtlingen, die aus Rußland heimkehrten, ebenso den russischen, die aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn über Schweden die Heimreise antraten, bei uns eine gastliche Aufnahme bereitet. Die Kleinbauern versahen die Flüchtlinge ohne Unterschied der Nation mit allem, was sie nur aufbringen konnten, so daß die Beteiligten oft zu Tränen gerührt waren.“ Bürgermeister Lindhagen erzählte dann noch von den kolossalen Güterankäufen, welche die Stadt Stockholm in den letzten Jahren gemacht habe, um einerseits Gartenstädte, andererseits Industrie- und Sommerkolonien im Umkreise zu errichten sowie alles zu fördern, das einer rationellen Bodenpolitik entspreche. Auf diesem Gebiete hat Stockholm eine außerordentliche Initiative bewiesen und ist vielleicht unter allen europäischen Städten beispielgebend. Bürgermeister Lindhagen bemerkte schließlich, es würde ihn außerordentlich freuen, wenn seine Vorträge in Wien und Budapest zur Einführung des Frauenstimmrechtes in unserem Lande ein wenig beitragen würden.